Von der Konsum-Kritik zum Kritik-Konsum

30 Jahre Kritik der Entwicklungspolitik in der ADW

von **Christian Stock**

Entwicklungspolitik war lange Zeit wichtigstes Thema der »Dritte-Welt«-Bewegung, die sich folgerichtig im Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen zusammenschloß. Die Hoffnungen, die lange auch seitens der Aktion Dritte Welt (ADW) auf der Entwicklungspolitik ruhten, sind inzwischen verflogen – und mit ihr viele Aktionsgruppen. Was bleibt, ist die Kritik.

► »Die FDP will mit der 'Aktion Dritte Welt' zusammenarbeiten« – erschiene heute in der bürgerlichen Presse ein Beitrag mit dieser Überschrift, triebe uns das die Schamesröte ins Gesicht, und wir würden uns fragen, was wir falsch gemacht haben. Doch 1968 war das noch ganz anders: Die Badische Zeitung berichtete wohlwollend über die Forderungen der jungen Studenten, die die Aktion Dritte Welt mit dem Ziel gegründet hatten, die Bevölkerung der BRD von einer »rein caritativen Hilfsbereitschaft zu einer weltoffenen und verantwortungsbewußten Einstellung gegenüber den Problemen der Länder der Dritten Welt« hinzuführen. Dieses Anliegen war auch der Freiburger FDP ausgesprochen sympathisch.

Die aus heutiger Sicht unvorstellbare Kooperation zwischen ADW und FDP verdeutlicht, wie sehr die politische Landschaft sich seit 1968 verändert hat. Stärker noch als die FDP, die ihr sozialliberales Programm der späten sechziger und frühen 70er Jahre zugunsten eines ungebrochen kapitalfreundlichen Kurses radikalisiert hat, veränderte allerdings die ADW ihre (entwicklungs-)politischen Standpunkte. Dies geschah sehr prozeßhaft in langen Diskussionen und manifestiert sich nicht in zentralen programmatischen Texten oder Satzungsänderungen, sondern in unzähligen Beiträgen, Publikationen, Offenen Briefen und internen Statements. Das Nachzeichnen einiger zentraler entwicklungspolitischer Argumentationslinien der ADW ist zugleich ein Stück politischer Geschichte der außerparlamentarischen Bewegung im allgemeinen und der Internationalismus-Szene im besonderen.

68er in der ADW: Hilfe für Entwicklungshilfe

► Als die Aktion Dritte Welt im Herbst 1968 unter dem Dach des Freiburger Uni-AStAs als »Sonderreferat« ihre Arbeit begann, stand der »Aufbau einer Lobby für die Dritte Welt« und die »Hilfe für die Entwicklungshilfe«im Vordergrund. Die durch die Studentenbewegung ausgelöste politische Aufbruchstimmung, die für die Wahl der SPD/FDP-Koalition 1968 nicht unwesentlich war, erfaßte nur mit kurzer zeitlicher Verzögerung die Dritte-Welt-Interessierten. Als Erhard Eppler (SPD) das Entwicklungshilfe-Ministerium übernahm, das unter christdemokratischer Regie bis dahin ein politisches Schattendasein geführt hatte und vor allem ein Vehikel antikommunistischer Außenpolitik war, sahen die Studenten die Zeit gekommen, auf eine erheblich verstärkte Entwicklungspolitik mit emanzipatorischer Programmatik zu drängen. Die Freiburger ADW war dabei nur die Vorhut einer ganzen Reihe gleichnamiger Gruppen, die in der gesamten BRD gegründet wurden und die am gleichen Strang zogen.

Der theoretische Hintergrund der ADW-Arbeit war – auch wenn er nicht immer explizit herausgestellt wurde – die Orientierung an den lateinamerikanischen dependencia-Ansätzen, die Ende der sechziger Jahre auch in Europa breit rezipiert wurden und bis in Ende der siebziger Jahre innerhalb der entwicklungspolitischen Theoriebildung großen Einfluß erlangten. 1968 formulierte die ADW ihr von dependenztheoretischen Klassikern wie André Gunder Frank inspiriertes Weltbild so: »Zum gegenwärtigen Zeitpunkt treten materielles Elend, Ausbeutung und Unterdrückung in ihrer wohl elementarsten Form (...) in den sogenannten Entwicklungsländern zutage. Die Rolle der Staaten Europas und Nordamerikas ist hierbei bislang eine auslösende (Kolonialismus) und verstärkende (Waffenhandel, privatunternehmerische Ausbeutung, politische und militärische Unterstützung reformunwilliger Regierungen) gewesen. Das technologische Vermögen und natur- wie sozialwissenschaftliche Wissen gerade dieser Länder könnte aber die Mittel und die Maßstäbe für eine Politik in und gegenüber den Entwicklungsländern mit umgekehrtem Vorzeichen liefern – eine Politik, die die Bevölkerung Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gegenüber der Europas und Nordamerikas Schritt für Schritt emanzipiert.« An diesem Zitat wird deutlich, wie fortschrittsoptimistisch und reformbejahend das Geschichtsverständnis der damaligen ADW-Aktivisten war. Fünf Jahre vor der ersten Ölkrise 1973 und der Entstehung der Ökologiebewegung war der Glaube an technologische Entwicklung, an das industrielle Modell und die Möglichkeit seiner politischen Steuerung ungebrochen. Industrialisierung und die dahinter stehende Vorstellung einer linearen Entwicklung der Produktivkräfte wurden nicht generell hinterfragt. Im Zentrum der Kritik stand die ungleiche Verteilung und Kontrolle sowie die Abhängigkeit der Dritten Welt von den Industrieländern. Die durchgängige Verwendung des Terminus »Entwicklungsländer« – teils mit dem Zusatz »sog.« versehen – in damaligen ADW-Publikationen verdeutlicht, daß manche in der ADW davon ausgingen, die gemeinten Länder und Gesellschaften seien »entwickelbar«. Diese These orientierte sich dabei weniger an der 'bürgerlichen' Modernisierungstheorie, die relativ simpel von der Übertragbarkeit westlicher, bürgerlicher Zivilisationsmodelle nach US-Vorbild ausging, sondern eher an den Idealen des demokratischen Sozialismus oder der französischen Revolution. Nicht von ungefähr bezog sich der ebenfalls viel verwendete Begriff »Dritte Welt« – eine Übersetzung des französischen Terminus »Tiers Monde« – auf den Dritten Stand.

Folgerichtig waren die politischen Forderungen der frühen ADW nicht auf die grundsätzliche Überwindung der kapitalistischen Vergesellschaftung an sich gerichtet, sondern auf ihre Reformierung unter sozialdemokratischen bis sozialistischen Vorzeichen. In einem 17-Punkte-Programm forderte die ADW Ende der sechziger Jahre unter anderem die Stabilisierung der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt, den Abbau von protektionistischen Handelsbeschränkungen, die Anullierung aller Kreditschuldverpflichtungen der Entwicklungsländer gegenüber den Industrienationen und – eine aus heutiger Sicht vergleichsweise radikale Reformforderung – den entschädigungslosen Rückzug europäischer und nordamerikanischer Konzerne aus den extraktiven (d.h. rohstofforientierten) Industrien der Entwicklungsländer. Die Entwicklungshilfe sollte nach Ansicht der ADW zunächst auf 1% des Brutto-Sozialproduktes angehoben werden, später sogar auf 2%, und vorzugsweise über multilaterale Organisationen unter gleichberechtigter Beteiligung der Entwicklungsländ-







Fotos: H. Sachs/version

der abgewickelt werden. Schon damals hielt die ADW das Mittel der politischen Konditionalität der Entwicklungshilfe (das allerdings noch nicht so hieß) für opportun: Deutsche Entwicklungshilfe sollte nur jene Regierungen unterstützen, die sich durch »die Form ihres Steuerwesens und durch die Verteilung ihrer Haushaltsmittel eindeutig als entwicklungs- und reformbemüht ausweisen können.« Gleichermaßen in den ADW-Forderungen angelegt war der positive Bezug auf zivilgesellschaftliche Akteure (die damals ebenfalls noch nicht so genannt wurden): »In Ländern mit konservativ faschistischen Regierungen sollte deutsche Entwicklungshilfe auf dem Weg über private und halböffentliche Finanzierungskanäle (Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Stiftungen) politischen Oppositionsgruppen zugute kommen.« Eine weitere wesentliche Forderung der ADW war die Aufwertung des BMZ gegenüber Außen, Wirtschafts- und Finanzministerium zwecks erhöhter Kohärenz deutscher Entwicklungspolitik.

Die Umsetzung dieser Ziele wurde von den ADW-Mitarbeitern vor allem mit den Mitteln der klassischen Öffentlichkeitsarbeit angegangen. Hunderte von Vorträgen und Referaten wurden beispielsweise bei Volkshochschulen oder kirchlichen Gruppen gehalten. Daß die Veranstaltungen teilweise sehr gut besucht waren, lag neben der allgemein stark politisierten Grundstimmung auch daran, daß Dritte-Welt-Themen »in der Luft« lagen und den Reiz des Neuen hatten. Die bürgerlichen Medien, von der Badischen Zeitung bis zur ZEIT, griffen die Thesen der Freiburger StudentInnen wohlwollend auf und berichteten in einem heute nicht mehr vorstellbaren Ausmaß über die einzelnen Aktivitäten der ADW. Dies lag allerdings auch daran, daß es der ADW gelang, zu Podiumsdiskussionen und ähnlichen Veranstaltungen so prominente politische Schlüsselfiguren zu gewinnen wie z.B. Ernst Bloch, Günter Grass, Fritz Vilmar, Theodor Ebert, Oskar Nell-Breuning oder Erhard Eppler. Mit der »Aktion Solidarische Weihnacht«, bei der mittels dutzender Infostände und Flugblattaktionen für damalige Verhältnisse ketzerische Fragen wie »Weihnachtliche Konsumschlacht mit der Dritten Welt als Verlierer?« an die Einkaufenden gerichtet und »kritischer Konsum« propagiert wurde, gelang es, große Aufmerksamkeit bei den Medien hervorzurufen. Am Beispiel von Kaffee und Rohrzucker kritisierte die ADW die ungerechten Welthandelsstrukturen und forderte fairen Handel ein.

Zur Institutionalisierung der Arbeit gründete man 1970 das informationszentrum 3. welt (iz3w) in der Freiburger Lorettostrasse, das zunächst als Treffpunkt und Aktionszentrale diente und wenig später durch den Aufbau eines bis heute bestehenden Archivs auch der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde. 1970 erschienen die ersten »blätter des iz3w«, die in der Folge kontinuierlich über die Kampagnen und politischen Forderungen berichteten und der allmählich entstehenden Internationalismusbewegung ein Diskussionsforum boten.

Die frühe ADW richtete sich aber nicht nur an die breite Öffentlichkeit, sondern versuchte auch durch Gespräche mit BMZ-Chef Eppler, Bundespräsident Heinemann und Angehörigen des Entwicklungshilfeausschusses direkten politischen Einfluß zu nehmen. Es ist frappierend, wie die damaligen Ansätze und Aktionsformen der ADW der heutigen Arbeitsweise von Lobbygruppen wie Germanwatch oder WEED sowie Verbänden wie VENRO teilweise bis ins Detail gleichen. Lediglich zwei Unterschiede zeigen sich: Das Thema Umwelt und Ökologie war in der Anfangszeit der ADW nicht existent, und auch die »Frauenfrage« wurde erst später thematisiert.

Angesichts der grundsätzlichen Reformbereitschaft und der großen Sachkompetenz, die sich die frühen ADW-Mitglieder erworben hatten, verwundert es nicht, daß viele von ihnen nach Beendigung des Studiums den direkten Weg in die Organisationen der staatlichen und privaten Entwicklungshilfe fanden und dort die jeweiligen Reformflügel stärkten. Die Mitarbeit in der ADW war Anfang der siebziger Jahre durchaus karrierefördernd. Die breite Anerkennung der ADW-Arbeit drückte sich auch in einer relativ bedeutenden finanziellen Unterstützung durch das BMZ aus.

Die »antikapitalistische Gruppe« der 70er

► Die Radikalisierung eines Teiles der Studentenbewegung und die Gründung von K-Gruppen Anfang der siebziger Jahre ging auch an der ADW nicht spurlos vorbei. Die Reformforderungen wichen zunehmend einer radikaleren Systemkritik. So distanzierte sich die ADW 1972 von der anläßlich der Bundestagswahl begonnenen Kampagne »Wahlkampf für die Dritte Welt«, mit der kirchliche und andere entwicklungspolitische Gruppen Druck zugunsten der »Entwicklungsländer« machen wollten. Die ADW schrieb damals an die Initiatoren: »Als antikapitalistische Gruppe können wir keine der im kommenden Wahlkampf kandidierenden Parteien unterstützen. Illusionen bezüglich der Politik der SPD sind den letzten Zweiflern in den vorangegangenen drei Jahren reichlich vergangen. Falsche Hoffnungen in diesem Wahlkampf zu verbreiten, bedeutet eine falsche Einschätzung der Funktion unseres derzeitigen parlamentarischen Systems aufrechtzuerhalten. Es scheint uns auf Wahlkampfveranstaltungen keine qualifiziert antikapitalistische Argumentation möglich.« Mit diesen und ähnlichen Statements näherte sich die ADW den politischen Standpunkten des früheren SDS an, den die ADW zuvor immer als »verbalradikal« und linkssektiererisch abgelehnt hatte und mit dem über Jahre hinweg eine herzliche gegenseitige Feindschaft bestand.

Streit um ein oder zwei Prozent des Sozialprodukts für Entwicklungshilfe

Einer der entscheidenden Knackpunkte bei der antireformistischen Wende der ADW-Mehrheit war die Auseinandersetzung um das Cabora-Bassa-Projekt in Moçambique. Unter Beteiligung deutscher Firmen wie Siemens, AEG und der Hoch Tief AG wurde 1969 am Sambesi mit dem Bau eines großen Staudammes zur Elektrizitätserzeugung begonnen. Das Projekt wurde von der ADW und befreundeten Gruppen von Beginn an mit dem Argument abgelehnt, es diene nur den wirtschaftlichen Interessen der rohstoffextrahierenden Kolonialmacht Portugal und des benachbarten Apartheidregimes Südafrikas sowie den Profitinteressen der beteiligten deutschen Konzerne. Die Bereitstellung von Krediten in Höhe von 250 Mio. DM aus Deutschland und die Absicherung der deutschen Konzerne durch Hermesbürgschaften empörte die ADW besonders. In einem der vielen Flugblätter zum Cabora-Bassa-Projekt stellte die ADW mit resigniertem Ton und in dem damals verbreiteten holprigen Agitationsdeutsch fest: »Durch die starke deutsche Beteiligung duldet Deutschland wieder einmal Privatinvestitionen, die die kolonialistische Politik Portugals in Afrika stützen. Dies läßt deutsche Entwicklungspolitik wieder ein-



Foto: H. Sachs/version

mal unglaubwürdig werden. Es zeigt sich, daß verbal positive Entwicklungsstrategien Deutschlands nur Phrasen bleiben, und daß das reine Profitmotiv ohne Rücksicht auf negative Folgen bei uns immer noch an erster Stelle steht.« Die Ablehnung des Dammes durch die Befreiungsbewegung FRELIMO lieferte der ADW Anlaß zu der Befürchtung, in Moçambique könne es zu »unserem Vietnam im Süden Afrikas« kommen. Deswegen rief die ADW zum Boykott aller Produkte von AEG-Telefunken und Siemens auf.

Die gründliche Enttäuschung über die mangelnde Reformbereitschaft und -fähigkeit deutscher Entwicklungspolitik führte dazu, daß die ADW ihren entwicklungspolitischen Schwerpunkt vom Lobbyismus hin zu einer mal mehr, mal weniger radikalen Entwicklungshilfekritik veränderte. Allerdings ging die ADW – von einzelnen Mitgliedern abgesehen – zu keiner Zeit voll auf den Kurs der K-Gruppen, die sich der Weltrevolution nach marxistisch-leninistischen Vorgaben verschrieben hatten. Anfang der siebziger Jahre kam es zu einer langen Debatte über die Strategie der K-Gruppen, die die ADW in eine tiefe Krise stürzte und letztlich zur Abspaltung eines KBW-nahen Flügels führte, der sich als »Afrika-Komitee« neu konstituierte.

Der übrig gebliebene Mehrheitsflügel der ADW setzte seine Arbeit auf einer linkspluralistischen Basis fort. Kritische DED-MitarbeiterInnen, die mit der Entwicklungspolitik der Bundesregierung und ihrer Chefetage nicht einverstanden waren, meldeten sich in den »blättern des iz3w« ebenso zu Wort wie DKP-nahe Ökonomen oder Sympathisanten der diversen Befreiungsbewegungen. Das herausragende Thema in den siebziger Jahren waren die durch Entwicklungshilfe geförderten Privatinvestitionen deutscher Konzerne, insbesondere in den noch bestehenden Kolonien Portugals und in den verschiedenen autoritären und faschistischen Regimes in Lateinamerika oder Afrika. Die ADW prangerte immer wieder deutsche Waffenlieferungen oder Polizeihilfe an, die der Unterdrückung »revolutionärer Volksmassen« oder – je nach Autor – »demokratischer Opposition« dienten.

Die 80er: Kritik der Entwicklungshilfe wird populär

► 1978 legte die »AG Entwicklungspolitik« der ADW ein Buch mit dem Titel »Entwicklungspolitik – Hilfe oder Ausbeutung?« vor, das zu einem Standardwerk der Entwicklungshilfekritik avancierte. Die Autoren – viele davon waren Volkswirte – begründeten ihre Kritik an der deutschen Entwicklungspolitik weniger mit theoretischen Argumenten, sondern zeichneten mit detaillierten empirischen Daten, Projektberichten und Hintergrundinformationen den Widerspruch zwischen angeblicher Entwicklungshilfe und handfesten außenwirtschaftlichen Interessen der BRD nach. Die AutorInnen kamen dabei zu einem vernichtenden Ergebnis: »Die Entwicklungspolitik insgesamt hat bisher die Abhängigkeit der Dritte-Welt-Länder von den westlichen Industrieländern nicht abgebaut, sondern eher noch verstärkt.« Allerdings ging diese Einschätzung nicht mit einer fundamentalen Ablehnung der Entwicklungsidee einher. Als Alternative zur herrschenden Entwicklungspolitik wurde eine »autozentrierte Entwicklung« nach den Vorstellungen von Dieter Senghaas und anderen Dependenztheoretikern propagiert, die auf die Stärkung der Kräfte in der Dritten Welt abhob und durchaus auch in der Industrialisierung Chancen erblickte. Darüberhinaus wurde zugestanden, daß es auch innerhalb der staatlichen und privaten Entwicklungshilfe Handlungsspielräume zugunsten emanzipatorischer Projekte gebe, die es konsequent zu nutzen gelte. Strategien wie »Grundbedürfnisorientierung« oder »Hilfe zur Selbsthilfe«, die auch in der staatlichen Entwicklungspolitik einen gewissen Stellenwert erlangten, wurden – mit wenigen Einschränkungen – von der ADW gutgeheißen.

Die Informationen im »Entwicklungshilfe«-Buch waren gründlich aufbereitet, was den Vorzug hatte, daß sie auch für Laien verständlich waren, andererseits aber den typisch pädogogisierenden, belehrenden Stil der 70er Jahre hatten. Die ADW verstand sich seinerzeit generell als eine Art linker Volkshochschule. Offensichtlich stieß dieses Konzept auf Resonanz: Insgesamt konnten in mehreren, teilweise überarbeiteten Auflagen 24.000 Exemplare des Buches verkauft werden. Verglichen mit heute ein enormer Erfolg: In den 90er Jahren liegen die Auflagen der von der ADW publizierten Bücher bei gerade 1.000 Exemplaren – und selbst die werden nicht immer alle verkauft...

Die 90er: Kritik der Ideologie

► Die oftmals sehr konkrete Entwicklungshilfekritik der ADW, die am Beispiel dutzender fehlgeschlagener bzw. fragwürdiger Projekte wie Staudämme, Straßen oder Flughäfen vorgenommen wurde, wich im Laufe der 90er Jahre einer eher ideologiekritischen Perspektive (auch wenn deren VertreterInnen oftmals bemängeln, daß diese nicht konsequent durchgehalten werde). Daß Entwicklungshilfe vor allem Unterstützung für deutsche Konzerne ist, wurde als bekannt vorausgesetzt. Stattdessen wurden die ideologischen Grundlagen der Entwicklungspolitik kritisch aufgearbeitet. Doch auch die Analyse des Weltmarktes, über den sich die kapitalistische Verwertung bis in die entlegensten Regionen vermittelt, insbesondere die Rolle, die internationale Regime wie der IWF oder die WTO darin spielen, wurde zum Dauerbrenner.



Foto: R. Maro/version

Der Glaube an den Fortschritt ging ebenso verloren wie der an die real existierende Alternative

Spätestens nach 1989 und der folgenden weltweiten Renaissance rassistischer Pogrome und »ethnischer« Konflikte rückte in der ADW wie bei vielen anderen linken Gruppen eine gründliche Auseinandersetzung mit Nationalismus, Kulturalismus und Ethnizität stärker in den Vordergrund. Die Fixierung sowohl der Entwicklungspolitik als auch der internationalistischen Solidaritätsbewegung auf die Nationenbildung in der Dritten Welt wurde harsch kritisiert und nationalistische und ethnisierende Denkkategorien als grundsätzlich unvereinbar mit gesellschaftlicher Emanzipation zurückgewiesen. Nationale Befreiungsbewegungen in Kurdistan oder Palästina etwa, deren Unterstützung durch eine 'alternative' Entwicklungshilfe der Solibewegung in den 80er Jahren auch von der ADW forciert wurde, wurden nun zumeist sehr kritisch bewertet und dabei die eigene Ideologie- und Mythenbildung nicht ausgespart (vgl. den Beitrag von Jörg Später).

Kritische »unkonstruktive« Positionen sind kaum noch gefragt

Die Interessenslage innerhalb der Redaktion verschob sich aber auch aufgrund dessen, was im allgemeinen als »Globalisierung« charakterisiert wird. Waren die blätter des iz3w in den 80er Jahren durch seitenlange Länderartikel mit ökonomistischen Detailanalysen geprägt, erweiterte sich das Themenspektrum in den 90ern erheblich. Angesichts der unter dem Stichwort »Entgrenzung der Dritten Welt« analysierten Prekarisierung breiter Bevölkerungsschichten im Norden wird ein strikter »Südbezug« längst nicht mehr von jedem Artikel eingefordert. Prozesse wie Deregulierung oder Ethnisierung werden schließlich global wirkungsmächtig und können auf nationalstaatlicher Ebene kaum noch adäquat erfaßt werden. Doch diese Verschiebung der Analyseebene, die ja auch in der bürgerlichen Wissenschaft beobachtbar ist, ging bei der ADW nicht mit der Affirmation des Konstrukts einher, das heute »Eine Welt« genannt wird. Zu dessen Regulation fordern heute selbst kritische Wissenschaftler und NGOs eine »internationale Strukturpolitik«. In allen neueren Artikeln von ADW-Mitgliedern wird betont, daß die Welt heute – nicht anders als vor dreißig Jahren – keineswegs zusammen gewachsen, sondern durch vielfältigste Hegemonien und Konflikte gespalten ist. Diese Spaltungen transformieren sich zwar durch die Globalisierung, sie werden aber nicht geringer, sondern im Gegenteil sogar vertieft – jedenfalls in manchen Bereichen wie dem unterschiedlichen Zugang zu Medien. Der Ansicht, daran ließe sich durch globale Umwelt- oder Sozialpolitik viel ändern, hängt in der ADW derzeit niemand (mehr) an – was aber nicht ausschließt, daß zahlreiche Beiträge mit konträren Meinungen in der »iz3w« veröffentlicht werden.

Es besteht in der heutigen Redaktion ein weitgehender, wenn auch unausgesprochener Konsens darüber, daß die neuen Schlagwörter der Entwicklungspolitik in den 90er Jahren wie »Nachhaltige Entwicklung«, »Global governance« oder »Zivilgesellschaft« mit größter Skepsis zu betrachten sind – und zwar umso mehr, je mehr sie sich in der entwicklungspolitischen Debatte – vom BMZ bis zu den NGOs – durchsetzen. In ihrem Editorial zum letzten großen Themenschwerpunkt über Entwicklungspolitik (1996, iz3w 213) schrieb die ADW: »(...) Der Konsens, der zur Zeit die entwicklungspolitische Szenerie beherrscht, ist eher unheimlich. Wohlfeile Schlagworte wie Demokratie und Menschenrechte, Zivilgesellschaft und Partizipation, Nachhaltigkeit und Frauenförderung, hinter denen sich alle versammeln können, bestimmen den Diskurs. Seite an Seite treten ehemalige Kontrahenten Kampagnen für die finanzielle Aufwertung der »Entwicklungszusammenarbeit« los. Diese bleiben ohne Erfolg, haben aber einen fatalen Nebeneffekt: Sie gaukeln einen pluralistischen Politikbetrieb vor, der fortschrittliche und emanzipatorische Begrifflichkeiten aufgreift, ohne daß tatsächlich alternative Denkmodelle zum herrschenden Neoliberalismus erkennbar wären. Dieser Neoliberalismus verschärft die Gegensätze, zu deren Minderung die Entwicklungspolitik auch heute noch vorgibt anzutreten. Vor diesem Hintergrund ermöglichen die sich kritisch-aufgeklärt gebenden entwicklungspolitischen Modediskurse der 90er Jahre die Zerstörung der Umwelt und die Ausbeutung der Menschen umso widerspruchsloser, weil sie zugleich Besserung geloben.« Diese Einschätzung, die Lobby-Gruppen wie German Watch eigentlich zu lautem Widerspruch hätte provozieren müssen, blieb ohne großes Echo, obwohl die ADW ausdrücklich zu einer erneuten Debatte über Sinn und Unsinn der »Entwicklungszusammenarbeit« aufgefordert hatte.

Am Ausbleiben eines (möglicherweise produktiven) Streites zeigt sich, daß an kritischen, »unkonstruktiven« Positionen wie denen der ADW nur noch wenig Interesse in der entwicklungspolitischen Szene herrscht. In Zeiten allgemeiner Professionalisierung entwicklungspolitischer Lobbyarbeit sind statt zeitraubender Grundsatzdiskussionen nunmehr Fundraising, Erstellung von Auftragsstudien und face-to-face-Kontakte mit Entscheidungsträgern in den Parlamenten angesagt. Dabei kann und will die ADW jedoch nicht mithalten. Wo sie im Spannungsfeld von Mitreden durch Reformpolitik und (Selbst-)Isolation durch Grundsatzkritik verortet ist, hängt aber nicht nur von ihr selbst ab, sondern auch von ihrem Umfeld.

► **Christian Stock** ist Mitarbeiter der **iz3w**